

ENERGIE

„Ökostrom kostet“

Hildegard Müller, 43, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, über die Folgen des Energiekonzepts der Bundesregierung

SPIEGEL: Sie waren früher enge Mitarbeiterin von Angela Merkel im Kanzleramt. Ist Kernkraft für die Union ein Identitätsthema, wie die Laufzeitverlängerung vermuten lässt?

Müller: Niemand sollte eine isolierte Diskussion um die Laufzeitverlängerung führen. Natürlich ist die Debatte über die Kernenergie für viele eine emotionale Frage. Sie betrifft aber lediglich 23 Prozent der Stromerzeugung. Das Identitätsthema für Politik und Energiewirtschaft muss vielmehr sein, wie wir bis 2050 unser Energiesystem CO₂-neutral umbauen können – bei weiterhin bezahlbaren Preisen und einer sehr zuverlässigen Energieversorgung.

SPIEGEL: Die neuen Laufzeiten nutzen den vier großen Stromerzeugern, kleine Stadtwerke haben das Nachsehen.

Müller: Die Laufzeitverlängerung begünstigt natürlich erst einmal die Großen. Das muss ausgeglichen werden, mit einer Förderung speziell für die kleineren Stromerzeuger aus den abgeschöpften Kernkraft-Gewinnen. Wir brauchen mehr Wettbewerb auf dem Erzeugungsmarkt, nicht weniger.

SPIEGEL: Vor allem fehlt es offenbar an Stromnetzen.

Müller: Wenn, dann werden die Öko-Ziele nicht an der Kernenergie, son-

dern an fehlenden Stromleitungen scheitern, die etwa Windstrom von der Nordsee nach Bayern bringen. Hier muss die Regierung endlich handeln.

Die Netzagentur muss höhere Renditen für den Leitungsbau genehmigen, damit das nötige Fremdkapital für die Milliardeninvestitionen zusammenkommt. Ohne anständige Rendite macht sich keiner den Ärger mit den jahrelangen Genehmigungsverfahren.

SPIEGEL: Die Grünen wollen sich nicht für einen Netzausbau starkmachen, der mehr Atomstrom fließen lässt. Verstehen Sie deren Bedenken?

Müller: Nein. Das ist doch das genau falsche Herangehen. Zu den Laufzeitverlängerungen kann man stehen, wie man will. Die Netze müssen aber in jedem Fall ausgebaut werden, damit die erneuerbare Energie weiter wachsen kann. Es reicht nicht, sich das Demo-Sweatshirt aus den achtziger Jahren überzuziehen. In unserem Verband sind allein 1000 Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien vertre-

treten. Der Kernenergiestreit ist keine Entschuldigung dafür, sich jetzt bei allen Fragen destruktiv zu verhalten.

SPIEGEL: Die Regierung will langfristig auf erneuerbare Energie umsteigen. Wie berechtigt ist die Angst vor höheren Strompreisen?

Müller: Ökostrom kostet. Auch da könnten sich die Grünen endlich einmal ehrlich machen. Schon bald könnte der Zusatzbeitrag für erneuerbare Energien um die 3,5 Cent pro Kilowattstunde liegen. Man kann das ja für vertretbar halten – auch wenn ich denke, dass die Photovoltaik immer noch zu stark gefördert wird. Aber wegreden kann man die Kosten eben nicht.



PREUSS/CARO / JULSTEIN BILD

FDP

Innerparteiliche Opposition

Die Vertreter des „Liberalen Aufbruchs“, einer FDP-internen Gruppe um den Finanzpolitiker Frank Schäffler, verstärken ihre Kritik am Kurs der Partei. In einem Manifest, das vorige Woche allen FDP-Kreisvorsitzenden zugeht und Unterstützer anwerben soll, warnen die Autoren vor einem weiteren Vertrauensverlust bei den Wählern. „Das liegt gewiss nicht daran, dass die liberale Agenda nicht mehr zeitgemäß wäre. Die Probleme sind die gleichen geblieben“, heißt es

in dem Papier. So habe das „ängstliche Verzögern von Reformen aus falscher Rücksichtnahme vor Interessengruppen aller Art keineswegs den erhofften Popularitätszuwachs erbracht“, analysiert der „Liberaler Aufbruch“.

„Im Gegenteil: Klartext ist erwünscht.“ Konkret fordern die Autoren Kursänderungen in vier Politikfeldern: Als Konsequenz aus der Euro-Krise soll der Ausschluss eines vertragsbrüchigen Staates aus der EU möglich sein. In der Klimapolitik müsse das „rigide Festhalten an Emissionsminderungen“ überprüft werden, im Gesundheitssystem mehr Wettbewerb herrschen. Zudem fordern die Vertreter des „Liberalen Aufbruchs“, das sogenannte Antidiskriminierungsgesetz abzuschaffen.